

## Zum Haushalt 2013

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich auch heuer meiner Rede den Dank unserer Fraktion an die Verwaltung voranstellen, die im abgelaufenen Jahr wiederum gute Arbeit geleistet hat. Ein besonderer Dank gilt dabei der Kämmerei, die auch heuer rechtzeitig den Entwurf des städtischen Haushalts vorgelegt hat, den wir heute beraten und beschließen sollen. In meiner Stellungnahme zu diesem Haushalt werde ich Sie nicht viel mit Zahlen langweilen, z. B. dass dies meine 18. Haushaltsrede ist, denn in einer HH-Rede geht es ja weniger um Zahlen, sondern mehr um die Bewertung der Politik, die vom Oberbürgermeister gemacht wird.

Daher nur kurz: Auf der Einnahmenseite wird in diesem Jahr erfreulicherweise der Ansatz für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer auf 20 Mio. € erhöht. Diesen realistischeren Ansatz haben wir schon immer gefordert. Ebenso ist der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer höher eingesetzt worden.

Beides entspricht wohl der laufenden Konjunktur. Wie lange sie noch anhalten wird, steht freilich dahin.

Umso bemerkenswerter ist es, dass wir trotz derzeit guter Konjunktur dennoch nicht weniger als 12 Mio. € Kredit [Stand vorher 1,5 Mio. €] aufnehmen müssen, und darüber hinaus die Entnahme von 6 Mio. € aus der Rücklage eingeplant ist.

Was die Ausgabenseite angeht, so ist der Spielraum im Verwaltungshaushalt sehr klein, weil die Kreisumlage alleine schon 27 % und die Personalausgaben weitere 24 % ausmachen.

Immerhin gibt es im Stellenplan netto ca. 14 Stellen mehr, dies spiegelt zutreffend die gewachsenen Aufgaben der Stadt Dachau und den stark gestiegenen Arbeitsanfall in der Verwaltung. Hier wollten wir auch schon in früheren Jahren nachbessern, wurden aber leider von der StR-Mehrheit immer abgeblockt.

Schließlich liegt auch der so genannte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand bei weiteren ca. 20%, da bleibt nicht mehr sehr viel für die Stadträte selbst zu bestimmen.

Immerhin haben wir – zusammengerechnet – nicht weniger als 9,8 Mio. € an Zuweisungen und Zuschüssen eingeplant. Das ist eine Erhöhung um 5,7 % – also 224,70 € pro Einwohner.

Die Verwaltung weist dabei besonders eine Steigerung der Zuschüsse an Kinderbetreuungseinrichtungen aus. Innerhalb von 10 Jahren sind diese Zuwendungen – netto bei der Stadt bleibend – von 500.000 € auf 3,5 Mio. € angewachsen. Damit soll wohl eine Erhöhung der Gebühren vorbereitend unterlegt werden.

Aber wir sind eben eine wachsende Kommune und erfüllen Aufgaben, die vom Bund auf die Kommunen verlagert worden sind, ohne dafür entsprechende Mittel zugestanden zu bekommen. Umso weniger sollte sich es die Stadt leisten, darauf zu verzichten, die sozialen Nachfolgelasten von Bauträgern einzufordern.

Und jeder Bürger gibt 462,98 € für Baumaßnahmen im nächsten Jahr aus.

Drin sind

- die überfällige Sporthalle Augustenfeld
- die Radlhalle auf der Bahnhof-Ostseite (falls die Bahn endlich nach vielen Jahren die Grundstücke frei gibt)
- die Sanierung Thoma-Schule (ebenfalls schon lange fällig)
- und Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte.

Unbestritten: Diese Kindertagesstätten sind wichtig, und der Termin – Rechtsanspruch ab 1. August 2013 – drängt. Aber allen Anstrengungen zum Trotz wird es auch in Dachau – wie in vielen Kommunen – immer noch zu wenig Plätze geben. Man kann eben nicht Versäumnisse von vielen Jahren so rasch ausgleichen: Vor ca. zehn Jahren war das Engagement für Kindertagesstätten ja alles noch „Teufelswerk“ und die SPD-Stadträte haben sich damals im Hauptausschuss viele Dinge anhören müssen. Heute können wir feststellen, dass die Schaffung solcher Einrichtungen glücklicherweise nicht mehr umstritten ist. So hat die Terminsetzung für den Rechtsanspruch auch etwas Positives.

Bedauerlich aber finden wir, dass überall 10% Steigerung der Baukosten angesetzt worden ist. Am ärgerlichsten ist dies bei der Sporthalle Augustenfeld – die könnte schon längst stehen und müsste dies auch.

Obwohl wir in diesem Haushalt einen Rekord-Bauetat von 21 Mio. € haben, muss ich darauf hinweisen, dass eine ganze Reihe von diskutierten und beschlossenen Vorhaben in ihm nicht enthalten sind. Um nur einiges zu nennen:

- die erforderliche Sporthalle für die Klosterschule
- die notwendige Erweiterung der Grundschule in Augustenfeld
- die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses
- die Sanierung des Hauses der Erwachsenenbildung

- alle diese Bauvorhaben werden großartig beschlossen, aber nichts davon wird angepackt. Alles steht in HH-Jahr 2017 ff – haushaltstechnisch heißt dies erst mal Sankt Nimmerlein.

OB Bürgel wird entgegenhalten, dass sie ja jederzeit – je nach Konjunkturlage – nach vorne gezogen werden können. Nur wenn Fr. Merkel etliche Milliarden € an Griechenland schenken muss, wird die Konjunktur wohl nicht besser, sondern eher schlechter, und damit der finanzielle Spielraum wieder enger als dieses Jahr. Deshalb wird es bei den Versprechungen bleiben! Aber es ist ja Wahljahr, da machen sich Versprechungen gut – nach der Wahl ....

Besonders ärgerlich aber ist, dass den Stadtwerken Dinge aufgedrängt werden, die nicht zu ihrem Kerngeschäft gehören.

Die Sanierung des Hallenbades wird überfällig, und immerhin ist durch Untersuchung herausgekommen, dass ein Neubau wirtschaftlicher ist, aber die Stadtwerke können den Neubau auch nicht gleich schultern, denn die Kreditaufnahme ist schon rekordverdächtig genug. Wäre ja in Ordnung, soweit dies für Strom-, Gasnetz oder Busverkehr notwendig ist.

Die Mehrheit im Stadtrat halst den Stadtwerken zudem auch noch die Sanierung der Altstadtgarage auf, ein völlig marodes Gebäude, das durch damals wohl nicht ausgereift ausgehandelte Verträge gesichert wird. Für 88 Dauerparker, die 41 bis 46 € pro Monat Miete zahlen, d.h. dass die Sanierungskosten in 27 Jahren abbezahlt sein werden. Da habe ich bei Herrn Haimerl ansonsten im Werkausschuss andere kaufmännische Berechnungen gelernt. Für die 30 öffentlichen Parkplätze haben wir mehrere Alternativen aufgezeigt, diese wurden aber von der Mehrheit nicht ernsthaft geprüft, sondern umstandslos gleich verworfen.

Da wir die geplante Ausgabe von 2,3 Mio. € für die Sanierung dieses Parkhauses für nicht vertretbar halten, lehnen wir den vorgelegten Wirtschaftsplan der Stadtwerke ab. Da heute der Haushalt als Satzung insgesamt beschlossen wird, werden wir nicht zustimmen.